



PFREUNDSCHUH
in Heidelberg

GERHARD PFREUNDSCHUH

Der Bürgerstaat

3 Strategische Ziele des Bürgerstaats



Heidelberg 2021

Copyright © 2021 Gerhard Pfreundschuh

Die einzelnen Abschnitte können kapitelweise und kostenlos als PDF-Dateien heruntergeladen werden.

Das Urheberrecht gilt insoweit, dass Zitate und Auszüge als solche gekennzeichnet werden müssen. Es ist also eine genaue Quellenangabe erforderlich.

Das Recht der Übersetzung in fremde Sprachen bleibt vorbehalten und beim Autor.

<https://pfreundschuh-heidelberg.de/downloads/der-buergerstaat/der-buergerstaat-kapitel-3.pdf>

Inhalt

3. Strategische Ziele des Bürgerstaats.....	48
3.1 Langfristiges Überleben.....	48
3.2 Mittelstand für alle.....	51
3.3 Soziale Sicherheit durch Genossenschaftlichkeit.....	51
3.4 Weltfrieden statt Krieg der Kulturen.....	52

3. Strategische Ziele des Bürgerstaats

Nach dieser Beschreibung und Beurteilung der Lage ist gemäß unserer Vorgehensweise eine Strategie zu entwickeln.

Strategie ist ganz einfach. Sie konzentriert sich auf das ganz Wichtige und Wesentliche. Gerade deshalb ist sie für viele so schwer (nach Clausewitz).¹⁵² Oberstes strategisches Ziel jedes Lebewesens und jeder Gemeinschaft ist das „langfristige Überleben“. Und das soll möglichst gesund und friedlich, gerecht und auskömmlich sein. Selbst beim Krieg ist das oberste strategische Ziel nicht der Sieg, sondern der Friede (ebenfalls nach Clausewitz).¹⁵³

So sind unsere strategischen Ziele für den Bürgerstaat

- 1. Sicherung des langfristigen Überlebens Europas, seiner Kultur und Nationen in Frieden und Freiheit bei angemessenem Wohlstand und gesunder Umwelt;*
- 2. Mittelstand für alle;*
- 3. Soziale Sicherheit durch Genossenschaftlichkeit;*
- 4. Weltfrieden durch Wohlstand für alle Länder und friedliche Koexistenz der Kulturkreise.*

Das gilt für den Bürgerstaat und eine Soziale Volkswirtschaft¹⁵⁴. Beide sind ein Zwillingsspaar, gehören zusammen und ergänzen sich.

Dabei kann (1.) „das langfristige Überleben“ als Zweck des Bürgerstaats bezeichnet werden, aus dem sich die Punkte 2. bis 4. ableiten.

3.1 Langfristiges Überleben

Das langfristige Überleben Europas, seiner Kultur und seiner Nationen in Frieden und Freiheit bei angemessenem Wohlstand und gesunder Umwelt muss unser oberstes politisches und wirtschaftliches Ziel sein.

¹⁵² Carl von Clausewitz, Vom Kriege, Hinterlassenes Werk, Ungekürzter Text Erstauflage (1832-34), Frankfurt / M. 1980 (Ullstein), S. 150: „So ist denn in der Strategie alles sehr einfach, aber darum nicht auch sehr leicht.“ (Die Seitenzahlen stimmen nicht mit anderen und der digitalen Ausgabe überein!). Digitaler Zugang: <https://www.clausewitz-gesellschaft.de/wp-content/uploads/2014/12/VomKriege-a4.pdf>

¹⁵³ Carl von Clausewitz, a.a.O., S. 104, „Zwecke und Mittel der Strategie“ – „Die Strategie hat ursprünglich nur den Sieg, d.h. den taktischen Erfolg, als Mittel und, in letzter Instanz, die Gegenstände, welche unmittelbar zum Frieden führen sollen, als Zweck.“ – (Zweck-Mittel-Relation!)

¹⁵⁴ Vgl. G. Pfreundschuh, Kampf der Wirtschaftssysteme, Heidelberg 2018, S. 41 ff

Europa hat eine gemeinsame Kultur und viele Nationen, die wert sind zu überleben. In „Frieden und Freiheit“ umfasst die uralte Aufgabe „Schutz nach innen und außen“. „Allgemeine Wohlfahrt“ ist Staatszweck seit dem frühneuzeitlichen Staat (ab 1500 n. Chr.), wie gleich zu zeigen ist.

Möglichst langfristig zu überleben, ist das natürlichste Ziel bzw. der Sinn und **Zweck** jedes Lebewesens und jeder Organisation. Es ist geradezu unglaublich, dass unsere Politik dies aus den Augen verloren hat. Nicht einmal die Generationenfolge ist in Europa gewährleistet, das Überleben unserer Kultur auch nicht. Als „demografischer Wandel“ wird der „demografische Untergang“ beschönigt.

Für Altkanzler Helmut Schmidt (SPD) waren fast alle Risiken gering im Vergleich zur „bedrohlichsten Veränderung“ für Europa: Die „bevorstehende Gefahr einer Marginalisierung der europäischen Kultur“. Er begründete dies mit der „Schrumpfung der europäischen Bevölkerung.“¹⁵⁵ Roman Herzog (CDU) schließt seine „Strukturmängel der Verfassung“ mit dem Kapitel: „Die Schicksalsfrage: Demographie und Demokratie“¹⁵⁶ Das Problem ist alt und wurde ab den 1970er Jahren erkannt. Tatsächlich tat die Politik nichts, im Gegenteil.

Das bekannte Standard- und Grundlagenwerk zum Steuerrecht, der „Tipke/Lang“ beklagte schon in den 1980er Jahren, dass der steuerrechtliche Kinderfreibetrag „bei weitem noch nicht die verfassungsrechtlich gebotene Höhe des Unterhaltsbezugs“ erreicht. Wörtlich hieß es dort:

„Die Forderung der Wissenschaft nach realitätsgerechter Berücksichtigung des Kinderunterhalts wird in den Wind geschlagen, während man den Büttnerednern willfährig ist. Selbst unter Addition von Kindergeld und anderen konkreten Sozialleistungen erreicht der Kinderfreibetrag nicht den Sozialhilfesatz. ... Die unzureichende Berücksichtigung der Unterhaltslasten für Kinder wirkt sich offensichtlich auch auf die Geburtenrate und damit auf die künftige Alterssicherung aus. Seit 1974 hat die Bundesrepublik Deutschland die niedrigste Geburtenrate der Welt. Sie liegt um ein Drittel niedriger, als zur gleichbleibenden Sicherung der Bevölkerungszahl notwendig ist.“¹⁵⁷

¹⁵⁵ Handelsblatt 04.07.2012, S. 55; Helmut Schmidt, Ein letzter Besuch, München 2013, S. 44 ff, 158;

¹⁵⁶ Roman Herzog, Strukturmängel der Verfassung? Erfahrungen mit dem Grundgesetz, Stuttgart 2000, S 136 ff

¹⁵⁷ Klaus Tipke und Joachim Lang, Steuerrecht, ein systematischer Grundriss, Köln 1989, S. 375 f

Erst rund 10 Jahre später erkannte dies auch das BVerfG und stellte mit Urteil vom 10.11.1998 fest: Eine Familie mit 2 Kindern darf steuerlich nur soweit belastet werden, dass ihr Einkommen nicht unter den Sozialhilfesatz fällt. Dem widersprechende Paragraphen des Einkommenssteuergesetzes und Urteile des BFH (Bundesfinanzhofs) sind verfassungswidrig.¹⁵⁸

Der BFH hatte trotz eigener verfassungsrechtlicher Bedenken zuvor stets anders entschieden. Er ist das oberste Bundesgericht in Steuersachen. Allerdings ist er nur mit ehemaligen Steuerbeamten besetzt. Roman Herzog nannte so ein Gericht immer „Hausjustiz“, weil es nur mit dem „Hausverstand von Finanzbeamten“ entscheidet; wir können auch sagen, es betreibt geistige Inzucht.

Statt sich zu entschuldigen, bedankte sich dann die Bundesregierung (Helmut Kohl) scheinheilig für die Aufklärung durch das BVerfG. Den „Tipke/Lang“ hatte wohl niemand in den Ministerien, in der Partei und Regierung gelesen. Dabei war ein wesentlicher Punkt der von Kohl 1982 versprochenen „geistigen Wende“ eine bessere Familienpolitik. Das Thema wurde besetzt, aber die Aufgabe nicht im Ansatz gelöst. Damit wurden Wahlkämpfe geführt, ohne dass sich etwas änderte. Aber wie sagte die Kanzlerin Merkel schön: „Nach der Wahl ist anders als vor der Wahl. Das war schon immer so.“

Statt Langfristigkeit und Nachhaltigkeit beherrschen Macht und Lobby das Geschehen. Die Politiker schauen nur auf Stimmenmaximierung und Wahltermine, Wirtschaftskapitäne nur auf Quartalszahlen und Profit.

Eine Politikerin der Grünen, die unabhängig dachte, war Antje Vollmer. In ihrem Buch „Heißer Friede“ stellte sie treffend fest:

„So kompliziert und arbeitsteilig moderne Staaten auch aufgebaut sind – sie haben im Kern immer mit den Urproblemen der Menschheit zu tun, die sich im wesentlichen auf drei Grundaufgaben reduzieren lassen:

1. Sicherung der Ernährung und Generationenfolge,
2. Verteidigung in Bedrohungssituationen,
3. Herausbildung von Normen für das gemeinsame Verhalten und deren verbindliche Durchsetzung.

¹⁵⁸ Beschluss des Zweiten Senats vom 10.11.1998, BVerfGE 99, 273 bis 279

Mißlingt die Bewältigung auch nur einer dieser Bereiche, gerät jedes Gemeinwesen in eine erhebliche Legitimationskrise.“¹⁵⁹

Wir stecken heute wie gezeigt in allen drei Bereichen in der Krise. Für den Bürgerstaat ergeben sich weitere strategische Ziele.

3.2 Mittelstand für alle

Das politische Ziel „Wohlstand für alle“ (Ludwig Erhard) wird im Bürgerstaat fortentwickelt zum strategischen Ziel „Mittelstand für alle“. Das ist anspruchsvoller und entspricht unserer europäischen Vorstellung von Gleichheit, Freiheit und Brüderlichkeit (siehe unten 5.3).

Der Bürgerstaat ist ein Sozialstaat neuer Art. Er überwindet Armut, Prekariat und Proletariat. Er will wie die Schweiz keine Unterschicht.

Zum Mittelstand gehört ein Bürger, wenn er

- einen mittleren Bildungsabschluss,¹⁶⁰
- eine abgeschlossene Berufsausbildung,
- Arbeit und Einkommen,¹⁶¹
- Vermögen und angemessenen Wohlstand hat.¹⁶²

Für strategisches Arbeiten sind *klare und eindeutige Begriffe* ganz wichtig. Auch daraus ergeben sich Unterziele und Maßnahmen.

3.3 Soziale Sicherheit durch Genossenschaftlichkeit

Wir unterscheiden Gesellschaft, Gemeinschaft und Genossenschaft.¹⁶³ Nach dem klassischen Werk „Gemeinschaft und Gesellschaft“¹⁶⁴ des Sozialdemokraten Ferdinand Tönnies (1855 - 1936) steht Gesellschaft für ein unverbindliches Zusammenleben. Die Menschen sind dabei ihrem Wesen nach getrennt. Beispiel ist ein kalter, unsozialer, rein individualistisch-liberaler Rechtsstaat. Bei der „Gemeinschaft“ gehören

¹⁵⁹ Antje Vollmer, Heißer Frieden – Über Gewalt, Macht und das Geheimnis der Zivilisation“, Köln 1995, S. 45

¹⁶⁰ Das Ziel gilt als erreicht, wenn es wie in der Schweiz, Finnland u.a. 95 % schaffen.

¹⁶¹ Selbstverständlich gibt es Kranke und Behinderte, bei gutem Gesundheitswesen etwa 5 %.

¹⁶² So auch: Francis Fukuyama, Rettet die Mittelschicht! In: Cicero, Magazin für politische Kultur 2/2012, S. 64 f; ähnlich Fukuyama im Handelsblatt vom 03.04.2015

¹⁶³ Genaue Abgrenzung unten in: 5.2 Gesellschaft – Gemeinschaft – Genossenschaft

¹⁶⁴ Ferdinand Tönnies, Gemeinschaft und Gesellschaft, Darmstadt 1979 [= Neudruck d. 8. Aufl. 1935]

die Menschen zusammen. Sie üben Solidarität und Brüderlichkeit. Allerdings sagt „Gemeinschaft“ nichts über die innere Herrschaftsform. Es gibt freie und unfreie Gemeinschaften.

Dagegen steht die Genossenschaft seit eh und je im bewussten Gegensatz zur Herrschaft. In Genossenschaften schließen sich freie und gleiche Genossen brüderlich zusammen, um gemeinsame Ziele zu erreichen. Der vollendete Bürgerstaat ist eine politische Genossenschaft und damit die höchste Form der „Selbstorganisation der Bürgerschaft“. Er ist basisdemokratisch wie die *Schweizer Eidgenossenschaft*.

In Genossenschaften gilt – auch seit eh und je – die brüderliche Hilfe in der Not. Das ist zugleich eine tragende Säule für den inneren Frieden, ja sogar für echte, lebenswerte Freiheit.

Der Bürgerstaat entwickelt insoweit den oft rein „fürsorglichen“ Sozialstaat weiter. Er will nicht nur die gegenseitige Hilfe in Not und Gefahr; er will allen Bürgern zum Aufstieg in den Mittelstand verhelfen. *„Mittelstand für alle“ ist der beste Garant für soziale Sicherheit.*

3.4 Weltfrieden statt Krieg der Kulturen

Hier stehen sich zwei Weltsichten oder Weltanschauungen gegenüber:

(1) die Verfechter des ***Eine-Welt-Dorfes*** mit einer einzigen Weltkultur und Wahrheit, mit Weltwirtschaft und Weltbürgertum (z.B. ‚alternativlose‘ Welt-Ideologien wie Neoliberalismus und Kommunismus oder Religionen mit dem Anspruch auf ‚absolute‘ Wahrheit durch göttliche Offenbarung).

(2) die Vertreter des ***Kulturkreis-Modells*** (z.B. Samuel Huntington, Altbundeskanzler Helmut Schmidt, China und viele außereuropäische Nationen mit ihren „Menschenrechten der Dritten Generation“).¹⁶⁵

Wir werden an vielen Stellen auf diesen Gegensatz stoßen. Er hat für den „Bürgerstaat“ weitreichende Folgen. Das wird bei jenen Themen deutlich, die zu unterschiedlichen, kulturell bedingten Antworten führen:

- Menschenbild und Menschenrechte
- Gleichheit – Freiheit – Brüderlichkeit,
- Recht und Gerechtigkeit

¹⁶⁵ Vgl. unten: „5.4.3 Grundrechte – Bürgerrechte – Menschenrechte“

- Der Staat – die Selbstorganisation der Bürger
- Unsere europäische Kultur
- Weltfrieden statt Krieg der Kulturen.

Oft spitzt sich die Frage zu auf „Weltbürgertum oder Leitkulturen?“¹⁶⁶

Dabei kommen wir zu dem Ergebnis: Es gibt eine **gemeinsame europäische Kultur**, die allen europäischen Nationen eigen ist. Das lässt sich vom griechisch-römischen Altertum über das christliche Mittelalter, die aufgeklärte Neuzeit bis heute nachvollziehen.¹⁶⁷ Diese Kultur unterscheidet sich gut abgrenzbar von anderen Kulturen wie der chinesischen, indischen, islamischen oder afrikanischen Kultur.

Politisch wird die Sache dadurch, dass die außereuropäischen Kulturen sich ihrer Eigenheit ab der Mitte des 20. Jahrhunderts bewusst geworden sind (Indien, islamische Revolution, Aufstieg Chinas). Sie haben ein neues Selbstbewusstsein gegenüber der sog. westlichen Kultur entwickelt. Das wird ihnen durch einige Fehlentwicklungen in den USA und der EU leicht gemacht. Spätestens seit 1989 / 2000 gibt es eine **Renaissance der außereuropäischen Kulturen**.

Wir sind mit Huntington der Überzeugung, dass es nicht möglich ist, eine Gesellschaft von einem Kulturkreis in einen anderen zu verschieben.¹⁶⁸ Europäische Politiker sagen nach Terroranschlägen immer wieder, dass wir uns in einem verdeckten „Dritten Weltkrieg“ befinden. Diesen werden wir nicht mit Raketen und Bomben gewinnen. Auch die Reformation des kleinen „Mönchleins Luther aus Wittenberg“ hat ein Kaiser Karl V. nicht mit Kanonen und Landsknechten besiegt; obwohl in seinem Reich die Sonne nicht unterging, seine Truppen die zahlreichsten Europas waren.

Damit heißt es, **Abschied** nehmen von dem westlichen Drang zur **Weltmission**. Im Gespräch mit Altkanzler Helmut Schmidt kritisierte der frühere Präsident von Singapur Lee den „evangelikalen Missionsdrang“ des Westens. Und Helmut Schmidt stimmte ihm zu.¹⁶⁹ Denn das ist zugleich der Anspruch auf geistige und kulturelle Weltherrschaft; und

¹⁶⁶ Gerhart Baum (FDP): Weltbürgertum statt Leitkultur, in: Handelsblatt 04.05.2017 (Gastkommentar)

¹⁶⁷ Vgl. z.B. Hellmut Diwald u.a., Propyläen Geschichte Europas (6 Bd.), Frankfurt/M. 1976 ff – Anthony Kenny, Geschichte der abendländischen Philosophie (4 Bände), Darmstadt (WBG) 2016

¹⁶⁸ unter Berufung auf Huntington auch Gabor Steingart, Weltbeben, a.a.O., S. 33: „Amerika versucht genau das mit steigendem Ingrim.“

¹⁶⁹ Helmut Schmidt, Ein letzter Besuch, a.a.O., S. 126 f, zu Menschenrechten: 139 ff

dieser Anspruch wird i.d.R. auch zur militärischen, wirtschaftlichen und politischen Vorherrschaft missbraucht.

Kriegstreiber und Einpeitscher sind nicht die Wutbürger, die unter den großen Fehlentwicklungen, unter Terror und Kriminalität leiden. Kriegstreiber sind die Mächtigen in Politik und Wirtschaft, die immer mehr Geld und Macht aus „ihrer“ Herrschaft ziehen wollen. Sie streben nach einer Globalisierung in ihrem Sinne. Sie wollen immer reicher und mächtiger in „ihrem“ Eine-Welt-Dorf werden. So sagte schon Bismarck richtig: „Denn die Majorität hat gewöhnlich keine Neigung zum Kriege, der Krieg wird durch Minoritäten oder, in absoluten Staaten, durch Beherrscher oder Kabinette entzündet.“¹⁷⁰

Wir brauchen ein weitsichtiges, strategisch-politisches Denken, das diese Grundtatsachen und damit diese Lage zur Kenntnis nimmt.

Für ein friedliches 21. Jahrhundert brauchen wir eine neue weltpolitische Strategie. Sie heißt **friedliche Koexistenz der Kulturkreise**. „Friedliche Koexistenz“ war auch die politische Formel, mit der im Kalten Krieg die unversöhnlichen Weltanschauungen der Liberalen und der Marxisten nebeneinander leben konnten – ohne dass es zum heißen Krieg kam.

Doch dazu gehört das Ziel **Wohlstand für alle Länder**. Das ist in der heutigen Welt unverzichtbar, um den Weltfrieden zu sichern. Schon 1993 (!) hat Peter Drucker, ein führender US-Ökonom und Management-Papst, in seinem Buch „Die postkapitalistische Gesellschaft“ gewarnt:

„Für die Industrieländer steht in der Dritten Welt enorm viel auf dem Spiel. Wenn dort kein schneller wirtschaftlicher und sozialer Aufschwung gelingt, wird die Erste Welt von einer menschlichen Flutwelle von Einwanderern aus der Dritten Welt überrollt werden. Diese Flut in ihren Ländern aufzunehmen, würde ihre wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Fähigkeiten bei weitem überfordern.“¹⁷¹

Das alles zeigt, nicht nur das Militär braucht historisch und philosophisch gebildete Führungskräfte, die Politik braucht sie noch viel mehr. Dabei bedeutet philosophisch „weise“ i.S.v. Weltverständnis und Überblick.¹⁷²

¹⁷⁰ im Reichstag, 09.02.1876; Bismarckreden 1847 - 1895, hg. von Horst Kohl, Stuttgart 1915, S. 173

¹⁷¹ Peter F. Drucker, Die postkapitalistische Gesellschaft, Düsseldorf 1993, S. 29 – Drucker stammte wie Karl Popper aus einer jüdischen Familie Wiens und emigrierte in die USA.

¹⁷² Philosophie (griech.) heißt „Liebe zur Weisheit“ und ist klar von Wissenschaft zu unterscheiden:

Rahmen für die Umsetzung der strategischen Ziele

Alle Strategien nützen nichts, wenn sie nicht umgesetzt werden. Dazu braucht man Einrichtungen z.B. ein Heer oder für die hier vorgestellte Strategie einen Staat, besser Bürgerstaat. Um das komplizierte Gebilde „Staat“ zu verstehen, müssen wir wissen, wie es entstanden ist und wie es arbeitet. Darüber denken wir in diesem Band 1 nach.

Zuerst wird im Zeitraffer der Weg **„4. Vom Heerhaufen zum Bürgerstaat“** nachgezeichnet: von den einfachen Anfängen bis zum heutigen hochentwickelten Staat. Dieser saugt fast 50% unseres BIP (Bruttoinlandsprodukt) ab und verteilt es um. Er entscheidet nicht nur in Krisen über unser aller Wohl und Wehe, er soll uns vor Krisen bewahren.

Unter **„5. Merkmale des Bürgerstaats“** geht es um das *Menschenbild* im Bürgerstaat, um die Überwindung von liberalem Individualismus und sozialistischem Kollektivismus durch *Genossenschaftlichkeit*. Dann ist zu prüfen, ob und warum *Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, auch Recht und Gerechtigkeit*, raum-, zeit- und kulturabhängig sind. Denn wenn das zutrifft, ist die Strategie der „friedlichen Koexistenz der Kulturen“ sinnvoll, ja notwendige Voraussetzung für den Weltfrieden im 21. Jahrhundert. Es gibt dann nicht nur die „eine“ Wahrheit, Freiheit, Gerechtigkeit usw.¹⁷³

Bei **„6. Politik: Vernunft statt Macht“** stellen wird die Politik im Parteienstaat jener in einem Bürgerstaat gegenüber.

Den Abschluss von Band 1 bildet **„7. Verfassung des Bürgerstaats“**. Welche Reformen brauchen wir, um die Gewaltenteilung und Volkssouveränität wieder herzustellen und den Staat zur „höchsten Form der Selbstorganisation der Bürger“ zu machen?¹⁷⁴

„Bausteine des Bürgerstaats“ zur Verwirklichung der strategischen Ziele enthält dann Band 2.

Abgrenzung siehe Band 2: „3.2 Erziehung – Bildung – Weisheit – Wissenschaft“; und Anthony Kenny, Geschichte der abendländischen Philosophie, a.a.O., Band I, S. 11 (Philosophie gegen Wissenschaft)

¹⁷³ Das ist dem „Popper-Kriterium“ vergleichbar, wonach wir wissenschaftliche Erkenntnisse nur falsifizieren, nie verifizieren können. Mit jedem wissenschaftlichen Fortschritt wird „Altes“ mehr oder weniger ‚falsch‘, widerlegt.

¹⁷⁴ Das ist der „körperschaftliche Staatsbegriff“ im Unterschied zum Über- und Unterordnung-Prinzip im Obrigkeitsstaat, das bei uns bis heute gilt.